

# Ernährung in der Krise

Anmerkungen zur Ersatzmittelbewirtschaftung in Marburg  
während des Kriegsjahres 1916

von Thomas Schindler

„Die Nachricht, nach welcher die deutsche Regierung aus Soldatenleichen Fett herstellen lasse, sei nicht unglaubwürdig.“<sup>1</sup>

Noch unmittelbar vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs existierte keine Strategie zur Versorgung der deutschen Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln. Aus diesem Grund destabilisierte das alliierte Handelsembargo, die zeitgenössisch so genannte ‚Hungerblockade‘, das Deutsche Reich in doppelter Weise. Zum einen blieben dringend benötigte Importe aus, andererseits fehlte aber auch ein durchdachtes Krisenmanagement, um dem Importstopp begegnen zu können.<sup>2</sup> Schon bald setzte ein Mangel an Konsumgütern und insbesondere ein Mangel an Nahrungsmitteln ein.<sup>3</sup> Um der Verknappung entgegenzuwirken, wurden bis dato nicht genutzte Ressourcen als Äquivalente herkömmlicher Nahrungsmittel mobilisiert.<sup>4</sup> Mittelfristig sollte die vollständige Autarkie gegenüber allen Nahrungsmittelimporten erreicht und damit die Auswirkungen der alliierten Handelsbeschränkungen neutralisiert werden.<sup>5</sup>

Das einleitende Zitat eines englischen Lords zur Fettersatzmittelgewinnung in Deutschland während des Ersten Weltkriegs verweist – wenn auch auf besonders geschmacklose Weise – auf die, von Außen betrachtet, kuriosen wie scheinbar aussichtslosen Versuche, eine auf Autarkie fußende Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung zu bewerkstelligen.

---

1 Zitat aus Gottlob EGELHAAF: Historisch-politische Jahresübersicht für 1917, Stuttgart 1918, S. 7.

2 Hans FREIHERR VON LIEBIG: Die Politik Bethmann Hollwegs, München 1919, S. 258.

3 Die alliierten Gegner verhängten eine Handelsblockade über den unmittelbaren Machtbereich des Deutschen Reichs und die umliegenden Staaten konnten nur noch bedingt Waren in das Reich absetzen. Vgl.: Clemens VON DELBRÜCK: Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914, hg. von Joachim VON DELBRÜCK, München 1924, S. 64. Auch: Wolfgang KRUSE: Gesellschaftspolitische Systementwicklung, in: Wolfgang KRUSE (Hg.): Eine Welt von Feinden. Der große Krieg 1914-1918, Frankfurt am Main 1997, S. 73 f.

4 Dieter KRÜGER: Kriegssozialismus. Die Auseinandersetzung der Nationalökonomien mit der Kriegswirtschaft 1914-1918, in: Wolfgang MICHALKA (Hg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung Wahrnehmung Analyse, Weyarn 1997, S. 509. Auch: Eva STILLE, Margret TRÄNKLE: Völlerei und Hunger, in: Michael ANDRITZKY (Red.): Oikos. Von der Feuerstelle zur Mikrowelle. Haushalt und Wohnen im Wandel, Gießen 1992, S. 266-284, hier S. 282.

5 Vgl. Carl VON THUSZKA: Der Konsument in der Kriegswirtschaft, in: Kriegswirtschaftliche Zeitungen Band 5, Tübingen 1916. Auch: Martin H. GEYER: Teuerungsprotest und Teuerungsunruhen 1914-1923. Selbsthilfegesellschaft und Geldentwertung, in: Manfred GAILUS, Heinrich VOLKMANN (Hg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990, Opladen 1994, S. 319 f.

## Lebensmittelversorgung während des Kriegs

Zwanzig Prozent der vor 1914 im Deutschen Reich verzehrten Lebensmittel wurden importiert.<sup>6</sup> Diese Einfuhren brachen fast zeitgleich mit dem Kriegsbeginn weg, was die Reichsführung zunächst aber nicht beunruhigte, da man angesichts der Feuerkraft der modernen Waffen ohnehin einen äußerst verlustreichen und deshalb kurzen Krieg erwartete.<sup>7</sup> Nicht zuletzt diese scheinbare Gewissheit ließ umfangreiche Bevorratungsaktionen oder präventive gesetzgeberische Maßnahmen zur Nahrungsmittelrationierung zunächst überflüssig erscheinen. Erst drei Tage nach der Kriegserklärung Deutschlands an Russland erhielt der Bundesrat durch das so genannte Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 einige Vollmachten hinsichtlich von Preiskontrollen, Möglichkeiten der Nahrungsmittelrationierung und der Steuerung der landwirtschaftlichen Produktion, er machte davon aber nur zögernd und wenn, dann unsystematisch Gebrauch.<sup>8</sup> Nachdem die militärischen Prognosen hinsichtlich eines kurzen Kriegs spätestens 1915 hinfällig geworden waren, entstand unter dem Druck der schon unmittelbar bevorstehenden Versorgungskatastrophe nach und nach die monopolistisch organisierte Zwangsbewirtschaftung fast aller gängigen Nahrungsmittel.<sup>9</sup> Reichweit wurden hastig 25 Trusts, reichseigene Kriegsgesellschaften, gegründet, die der Kriegsrohstoffabteilung der Reichsregierung unterstanden und jeweils monopolistisch alle strategischen Rohstoffe erfassen, verarbeiten und zuteilen sollten.<sup>10</sup> Dazu gehörten auch fast alle Nahrungsmittelressourcen, in besonderem Maße aber Getreide, Kartoffeln, Fleisch und Fett. Diese Grundnahrungsmittel waren bald nur noch kontingentiert über Bezugskarten erhältlich.<sup>11</sup> Im Jahr 1916 entstand zusätzlich hierzu das dem Reichskanzler zugeordnete Kriegsernährungsamt, welches das oben genannte System bündeln und zentral steuern helfen sollte.<sup>12</sup> Diese Zentralisierung gelang jedoch nur bedingt, da der föderalistisch agierende Bundesrat seine originären Regelungskompetenzen des Lebensmittelsektors beibehielt. Es entstand vielmehr ein zusätzlicher Verwaltungsakteur, der eine effiziente

6 Vgl. F. LUSENSKY: Kriegswirtschaft, in: Königlich-Preußisches Landesgewerbeamt (Hg.): Staatsbürgerliche Belehrungen in der Kriegszeit, Band 2, Berlin 1916, S. 96-166.

7 Bernd ULRICH, Ulrich ZIEMANN: Das soldatische Kriegserlebnis, in: Wolfgang KRUSE (Hg.): Eine Welt von Feinden. Der Große Krieg 1914-1918, Frankfurt am Main 1997, S. 134 f.

8 Gerald D. FELDMANN: Kriegswirtschaft und Zwangswirtschaft: die Diskreditierung des »Sozialismus« in Deutschland während des Ersten Weltkriegs, in: Wolfgang MICHALKA (Hg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung Wahrnehmung Analyse. Weyarn 1997, S. 461. Zu den kriegsrechtlichen Kompetenzen des Bundesrats vgl.: Eduard HEILFRON: Krieg und Recht, in: Königlich-Preußisches Landesgewerbeamt (Hg.): Staatsbürgerliche Belehrungen in der Kriegszeit. Berlin 1915, S. 210-240, hier: S. 222-224.

9 Rüdiger VOM BRUCH, Björn HOFMEISTER: Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung. Band 8. Kaiserreich und Erster Weltkrieg 1871-1918. Stuttgart 1989, S. 411.

10 Niall FERGUSON: Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999, S. 256.

11 REICHARDT: Das Gemüse in der Kriegswirtschaft, in: Beiträge zur Kriegswirtschaft, Berlin 1918, S. 5 f.

12 Vgl. LUSENSKY: Kriegswirtschaft (wie Anm. 6), S. 166.

Nahrungsmittelbewirtschaftung erschwerte.<sup>13</sup> Als unmittelbare Exekutivorgane dienten jeweils die kommunalen Kreisbehörden, also die Landratsämter und die Kommunen selbst.<sup>14</sup>

Der Mangel an herkömmlichen Lebensmitteln entstand aber hauptsächlich wegen des Wegfalls der Importe, aber auch wegen dem Rückgang der Produktionsmenge und -qualität und der Zurückhaltung von Nahrungsmitteln durch die agrarischen Produzenten.<sup>15</sup> Adäquate Alternativprodukte, die so genannten Ersatzmittel, sollten den Mangel kompensieren helfen. In Marburg hat der Mangel an allen erdenklichen Lebensmitteln seit dem Frühjahr 1916 zu einer intensiven Ersatzmittelbewirtschaftung geführt.

### Ersatzmittelgewinnung

Der Versorgungsnotstand im Deutschen Reich setzte schon ab 1915 ein und äußerte sich vor allem im Wegfall tierischer Produkte, die es durch pflanzliche zu ersetzen galt.<sup>16</sup> Ab 1916 wurde die Bewirtschaftung von Nahrungsmittelerersatzstoffen intensiv betrieben, denn größere Teile der Ernten waren durch schlechte Wetterlagen auf den Feldern verfault oder im früh einsetzenden Winter 1916 erfroren.<sup>17</sup> Im darauf folgenden ‚Steckrübenwinter‘ 1916/1917 brach die öffentliche Versorgung zeitweise ganz zusammen.<sup>18</sup> In großbürgerlichen Kreisen konnten knappe Lebensmittel zwar oft noch teuer auf dem Schwarzmarkt erworben werden, frisches Gemüse musste aber teilweise selbst erzeugt werden: „Da war die Sache mit der Tomate. [...] Tomaten! Man stelle sich das vor! Wo es jetzt nicht einmal mehr Kohlrüben gab! Das Geheimnis des Erfolges der Frau Justizrat war Dünger. [...] Eines Tages sagte die Frau Justizrat zu mir: Hören Sie, Kind. Sie sollten neben der Pflanze ein Loch graben und Ihren Mann und vielleicht noch ein paar seiner Freunde bitten, dort – Sie verstehen schon, nicht?“<sup>19</sup>

Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte hatten hingegen gewöhnlich kaum die Kraft, die Zeit oder das Geschick im Umgang mit Pflanzen und der Zucht von Tieren,

13 Anne ROERKOHLE: Hungerblockade und Heimatfront. Die kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des Ersten Weltkriegs (Studien zur Geschichte des Alltags 10), Stuttgart 1991, S. 192. Auch: Christina SCHWARZ: Die Landfrauenbewegung in Deutschland (Studien zur Volkskultur in Rheinland-Pfalz 9), Mainz 1990, S. 212-216.

14 Vgl. LUSENSKY: Kriegswirtschaft (wie Anm. 6), S. 166. Darüber hinaus schlossen sich auch Städte zu Einkaufsgemeinschaften zusammen, die wiederum in Konkurrenz zu den Landes- und Reichseinrichtungen Nahrungsmittel zu beschaffen versuchten.

15 Ebd., S. 105. Auch Theodor SCHUCHART: Krieg, Gewerbe und Handel, in: Königlich-Preußisches Landesgewerbeamt (Hg.): Staatsbürgerliche Belehrungen in der Kriegszeit. Berlin 1915, S. 101-144, hier: S. 127-132.

16 Traudel WEBER-REICH: „Um die Lage der hiesigen Nothleidenden Classe zu verbessern“. Der Frauenverein zu Göttingen von 1840 bis 1956. Göttingen 1993, S. 56 f. Auch: Zentral-Einkaufsgesellschaft (Hg.): Kriegskost. Kleine Beiträge zur Volksernährung, o. O., o. J., auch: Caroline HERRMANNSDÖRFER (Hg.): Haus und Herd in schwerer Zeit. Ein Wegweiser zum Durchhalten in Küche und Haushalt, München 1917, S. 130-131.

17 Roger CHICKERING: Imperial Germany and the Great War, 1914-1918, Cambridge 1998, S. 140 f.

18 GEYER: Teuerungsprotest (wie Anm. 5), S. 320.

19 Vicki BAUM: Es war alles ganz anders. Köln 1987, S. 308 f.

sie hatten oft die denkbar kärgsten Essensrationen auszuhalten<sup>20</sup>: „Briefträgerinnen in Uniform, die Mütze auf dem zurückgestrammten Haar, stiegen viele Treppen, klingelten an vielen Türen, ungeachtet monatlicher Schwächungen, unzureichender Ernährung durch Kartoffelbrot, Gerstenkaffee, schlechtes Schmalz, zu dünne Milch.“<sup>21</sup>

Als Lebensmittlersatz kam grundsätzlich alles essbare, teilweise aber bisher tabuisierte, in Frage: „Eines Tages sah ich ein klapperdürres Pferd auf der Straße tot umstürzen. Im Nu, als hätte man darauf gelauert, stürmten die Frauen, mit langen Küchenmessern bewaffnet, aus den umliegenden Häusern auf den Kadaver.“<sup>22</sup>

Sicher lassen sich die geschilderten Begebenheiten nicht unmittelbar auf die Nahrungsmittelgewinnung und -versorgung der Marburger Wohnbevölkerung übertragen, sie deuten aber an wie prekär die Lebensmittlersorgung der Zivilbevölkerung in Deutschland gewesen ist und welche Maßnahmen die Menschen bereit waren zu ergreifen um an Nahrung zu gelangen.

### Zur alternativen Fettgewinnung

Die ‚Fettgewinnung aus Maikäfern‘ während des Ersten Weltkriegs spielte in Deutschland als Teil eines weitreichenden Systems der Ersatzmittelbewirtschaftung wohl höchstens eine untergeordnete Rolle.<sup>23</sup> Doch war das Deutsche Reich 1914 darauf angewiesen Öle und Fette, bzw. deren Grundstoffe, in großem Maße aus den eigenen Kolonien oder vom Weltmarkt beziehen zu können.<sup>24</sup> Diese Einfuhren unterblieben mit dem Beginn des Kriegs fast vollständig.<sup>25</sup> Es galt neue Fettquellen zu erschließen, vorhandene auszubauen oder Fett durch andere Nahrungsmittel zu ersetzen.<sup>26</sup> Die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Fett hing „von der Spanne zwischen dem Höchstmaß der erreichbaren Eigenerzeugung einerseits und dem durch Einschränkung erreichbaren äußersten, aber noch erträglichen Mindestmaß des Verbrauchers andererseits ab.“<sup>27</sup>

20 Ute FREVERT: *Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit.* Frankfurt/M. 1986, S. 149.

21 Arnold ZWEIG: *Die junge Frau von 1914.* Frankfurt/M. 1973, S. 173.

22 Asta NIELSEN: *Die schweigende Muse.* Berlin 1977, S. 276.

23 Marie-Elisabeth LÜDERS: *Das unbekannt Heer. Frauen kämpften für Deutschland 1914-1918.* Berlin 1936, S. 75. Vgl. allgemein: KRUSE: *Gesellschaftspolitische Systementwicklung* (wie Anm. 3), S. 72 f.

24 Kurt RIEBEL: *Die Versorgung Deutschlands mit tierischen und pflanzlichen Oelen und Fetten. Ein Vergleich mit der Vorkriegszeit.* Mannheim 1926, S. 34.

25 Ebd.

26 Vgl. Hans KRÜGER, Gustav TENIUS: *Die Massenspeisungen*, in: *Beiträge zur Kriegswirtschaft.* Berlin 1917, S. 17, auch: BRIEFS u. a.: *Die Hauswirtschaft im Kriege*, in: *Beiträge zur Kriegswirtschaft* 25, Berlin 1917, S. 53; auch: M. EWALD: *Die pflanzlichen und tierischen Oele und Fette, ausschließlich der Molkereiprodukte, in Frieden und Krieg*, in: *Beiträge zur Kriegswirtschaft* 33, Berlin 1918, S. 8 f.

27 EWALD: *Die pflanzlichen und tierischen Oele* (wie Anm. 26), S. 9.

Erste schriftliche Belege zur ersatzweisen Fettgewinnung in Marburg finden sich für das Frühjahr 1916.<sup>28</sup>

### Pflanzliche Fette

Der Marburger Bürger Ferdinand Metzger schlug dem Magistrat der Stadt am 15. 3. 1916 in einem Schreiben die Gründung einer genossenschaftlichen Zentralstelle für den Anbau und die Verwertung von Sonnenblumen in Marburg vor.<sup>29</sup> Laut Metzger seien Sonnenblumen nicht pflegeintensiv, noch bräuchten sie besonders fruchtbaren Boden. Neben der *Ölgewinnung zu Speisezwecken*<sup>30</sup> könnten die Stängel zu Gespinstfasern verarbeitet werden, Pressrückstände ergäben eiweißreiches Krafftutter und das Mark der Stängel sei ebenfalls noch verwendbar. Diese optimistische Einschätzung teilten auch örtliche Vertreter der Ersatzmittelwirtschaft, schien die Sonnenblume doch vielseitig verwertbar und lediglich geringe Investitionen zu bedürfen.<sup>31</sup> Am 31.3.1916 berichtete die Oberhessische Presse: „Der Anbau von Sonnenblumen verdient in diesem Jahre der Jugend in Stadt und Land aufs wärmste empfohlen zu werden. Es wird gar nicht schwer sein, die Jugend dafür zu gewinnen, dass sie, wo immer nur ein sonniges Plätzchen zur Verfügung steht, dort Sonnenblumen anpflanzt. Selbstverständlich übernehmen die Lehrer die Verpflichtung, die Kerne zweckentsprechend an ihre Schulkinder zu verteilen und diesen bei Anbau, Pflege und Ernte mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das Beste an solcher Arbeit ist aber, dass die Jugend durch sie das Gefühl selbstlosen Gebens und Helfens und treuer Pflichterfüllung kennen lernt und hineinwächst in die rechte Staatsgesinnung.“<sup>32</sup> Es wird anhand dieses Berichts deutlich, was von den Schülern und Lehrern ‚selbstverständlich‘ erwartet wurde und erwartet werden musste, nämlich die Teilnahme an einem Projekt zur Erschließung einer alternativen Fettquelle. – Noch war die Teilnahme an solchen Projekten offenbar keine unbedingte Notwendigkeit. Ab 1917 änderte sich dies allerdings, denn von da an galt die Mitarbeit von Schülern und Lehrern bei solchen und ähnlichen Anpflanzungsprojekten als zwingend.<sup>33</sup> Da man annahm, dass die Sonnenblume äußerst anspruchslos wäre, bepflanzte man ab 1916 in Marburg Bahndämme, leere Lagerplätze, Ödland und

28 Neben der Festlegung der für den Einzelnen auszugebenden Fettmenge wurde die Bevölkerung in Bezugsberechtigte und Nichtbezugsberechtigte, etwa Nebenerwerbslandwirte, eingeteilt. Vgl. StA MR, Bestand 180 Marburg, Nr. 647, Bundesbekanntmachung über Speisefette im Kreis Marburg vom 20. Juli 1916, Verbrauch von Speisefett § 1-§ 5.

29 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 776, Dok. 1.

30 Ebd.

31 Aus den Sonnenblumenkernen sollte Margarine und Speiseöl als Ersatz für Butter hergestellt werden. Vgl.: StA MR, Bestand 180 Marburg, Nr. 647, Tabelle des Kommunal-Verbands Marburg zur Umfrage der Reichsstelle für Speisefette vom 28.8.1916. Im Jahr 1916 (bis November) konnten als Ersatz für Butter im Wochendurchschnitt ersatzweise 90g Pflanzenspeisefett ausgegeben werden.

32 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr.776, Dok. 2.

33 Dies schien sich spätestens ab dem Herbst 1917 allerdings zu ändern. In einem Anschreiben des Königlichen Proviantamts an das Landratsamt Marburg bezüglich der Sammlung von Ackerquecken ist vermerkt, dass die Sammlung ausschließlich durch Schüler zu geschehen habe. Vgl.: StA MR, Bestand 180 Marburg, Nr. 979.

Gärten flächendeckend mit ihnen.<sup>34</sup> Der Ernteertrag der Sonnenblumen war allerdings stets verheerend gering: *Nach den Mitteilungen des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette in Berlin hat der Anbau von Sonnenblumen durch die Schulen im vergangenen Jahr trotz des regen Eifers, mit dem er betrieben worden ist, für die Öl- und Fettgewinnung leider kein günstiges Ergebnis gehabt. Dies ist unter anderem hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Sonnenblumen meistens auf brachliegenden Geländen angebaut worden sind.*<sup>35</sup> Im Zeitraum von März bis Mai 1916 wurde neben dem Anbau von Sonnenblumen auch der von Mohn, der einen hohen Ölanteil haben sollte, massiv betrieben.<sup>36</sup> Dies hatte aber auch deshalb zu geschehen, weil die gesetzlichen Bestimmungen zur ertragsbringenden Nutzung von leer stehenden oder verwilderten Grundstücken im Laufe des Jahres immer wieder verschärft und Verstöße rücksichtslos<sup>37</sup> geahndet wurden.<sup>38</sup>

Im Dezember 1916 wurde in Marburg mit der Entkeimung, d. h. der Gewinnung von Keimöl, von Getreide begonnen<sup>39</sup>: Bei der Durchführung der Entkeimung des Getreides in allen Mühlen des Deutschen Reichs würden erhebliche Mengen von Fett, sowie auch wertvolle eiweißhaltige Nährmittel der Volksernährung zugeführt werden können [...].<sup>40</sup> Bei der Getreideentkeimung fielen zudem eiweißreiche Rückstände an, die noch in der lokalen Ersatzproduktion Verwendung finden konnten.<sup>41</sup> Für das zu entkeimende Getreide aus dem Kreis Marburg war die gut daran verdienende Firma „Fa. L. Strauß & Söhne Kirchhain/Cassel“ zuständig.<sup>42</sup> Das Verfahren schien lohnenswerte Mengen an Öl zu erbracht zu haben. Jedenfalls stellte das Marburger Landratsamt aufgrund des Erfolgs der Kirchhainer und Kasseler Firma noch im Januar 1917 den Antrag, eine entsprechende kreiseigene Entkeimungsanlage in Betrieb nehmen zu dürfen. Dies wurde aber vom „Kriegsausschuß für Oele und Fette“ mit der zu erwar-

34 Da Speiseöl aus dem Ausland nicht zu beschaffen war, sollte der Anbau von Sonnenblumen und Mohn u. a. durch Bepflanzung der Bahndämme verstärkt werden. Vgl. ebd., Anschreiben des Ministeriums des Innern an die Herren Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten vom 23.4.1916.

35 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 776, Schreiben des Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten an die Königlichen Regierungen und das Königliche Provinzialschulkollegium vom 16.3.1917.

36 StA MR, Bestand 180 Marburg, Nr. A 962: Anschreiben des Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette vom März 1916.

37 Ebd. Anschreiben des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Oele und Fette an den Herrn Königlichen Landrat des Landkreises Marburg i. H. vom 6.6.1916.

38 Alle freien Flächen mussten unter bestimmten Voraussetzungen (Zugänglichkeit, Größe, keine anderweitige Nutzung möglich) bepflanzt werden und Erträge aus diesen Anpflanzungen anteilig an die staatlichen Sammelstellen abgeführt werden. Vgl.: Ebd., Nr. A 724, 19.6.1916.

39 Zur Erklärung des Verfahrens siehe: Eduard SENATOR: Weltkrieg und Brotversorgung. Berlin 1917.

40 StA MR, Bestand 180 Marburg, Nr. A 962, Schreiben des Kriegsausschuß für Oele und Fette, Abteilung Getreideentkeimung vom 21.12.1916.

41 Ebd. Schreiben des Regierungs-Präsidenten Cassel an sämtliche Herren Landräte vom 28.10.1917.

42 Ebd.

tenden Unwirtschaftlichkeit abgelehnt.<sup>43</sup> Ähnlich ertragreich wie die Entkeimung von Getreide war, wenn auch in kleinerem Maßstab betrieben, offenbar die Gewinnung von Öl aus Obstkernen<sup>44</sup>: „Bei der großen Knappheit an Speisefett muß alles geschehen, um durch Ausnutzung heimischer Rohstoffe, welche im Frieden unbeachtet geblieben sind, unsere Fettvorräte zu vermehren.“ Unter den für die Fettgewinnung in Betracht kommenden Rohstoffen dieser Art spielen Obstkerne eine bedeutende Rolle.<sup>45</sup> Die Aussage stützte sich auf die ca. vier Millionen Kilogramm Obstkerne, die 1916 im gesamten Deutschen Reich angeblich gesammelt werden konnten.<sup>46</sup> Aus diesen Kernen sollen wiederum ca. 190.000 Kilogramm Öl zur Margarineerzeugung gepresst worden sein.<sup>47</sup> Zur Sammlung 1916 wurden hauptsächlich Frauen-Vereine herangezogen, ab 1917 sollten Schulen und Hausfrauen durch Plakatwerbung zur Mithilfe animiert werden.<sup>48</sup> Wie bei der Weiterverarbeitung der Getreidekeime wurden die Kerne nicht kreisintern verarbeitet, sondern an einer Zentralstelle, nämlich bei der Firma „Otto Karl Boehme, Cassel, Hohenzollernstr. 52“, die in der preußischen Provinz Hessen-Nassau für den Regierungsbezirk Kassel zuständig war.<sup>49</sup>

Seit 1916 konnten in Marburg nicht mehr alle Bewohner ausreichend mit Fett versorgt werden, der den allgemeinen Mangel begleitende Hunger hatte die Stadt spätestens in diesem Jahr erreicht: „Eilt sehr! Eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Speisefetten ist bisher nicht möglich gewesen, da es an einer durchgreifenden Organisation, welche die knappen Vorräte ausgleichend verteilt, fehlt. So können nur 90 g Streichfett pro Person und Woche verteilt werden.“<sup>50</sup> Zusätzlich erzeugtes pflanzliches Fett wurde auch für die Lazarette im Stadtgebiet gebraucht: Infolge des allgemeinen Fettmangels sind wir zu unserem Bedauern nicht in der Lage, den Verwundeten im Lazarett Tabor und zu Wehrda die erforderlichen Mengen an Fett zukommen zu lassen.<sup>51</sup> Der Mangel an pflanzlichen Fetten gestaltete sich derart dramatisch, dass die städtischen Marburger Waldarbeiter noch Ende 1916 damit beginnen mussten Fichtensamen zu sammeln und zu reinigen und an den „Kriegsausschuß für Öle und Fette“ zu senden.<sup>52</sup> Andere Kommunen im näheren Marburger Umland standen in dieser Zeit gar vor der Aufgabe

43 Ebd. Schreiben des Kriegsausschuß für Oele und Fette an das Königliche Landratsamt Marburg vom 2.2.1917.

44 Vgl.: Rudolph STRAB: Das Problem der künstlichen Herstellung von Nahrungsstoffen, in: Die Gartenlaube, Nr. 19, 1917.

45 StA MR, Bestand Marburg, Nr. 720, Rundschreiben des Preußischen Staatskommissars für Volksernährung an die Herren Regierungs-Präsidenten vom 18.5.1917.

46 Ebd.

47 Ebd.

48 Ebd. Rundschreiben des Preußischen Staatskommissars für Volksernährung an die Herren Regierungspräsidenten und die staatliche Verteilungsstelle Berlin vom 25.7.1917.

49 Ebd. Auflistung sämtlicher Zentral-Sammelstellen und Oelfabriken für die Annahme von Obstkernen von 1917.

50 Ebd. Brief des Ministeriums des Innern an die Herren Oberpräsidenten vom 28.6.1916. Vgl. Anmerkung 32.

51 Ebd. Schreiben des Diakonissen-Mutterhauses Hebron an das Königliche Landratsamt vom 27.3.1916.

52 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 776, Brief des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an sämtliche königlichen Regierungen vom 22.12.1916.

Plünderungen zu verhindern oder zu ahnden, die Menschen suchten ihre Situation durch illegales Beschaffen zu verbessern. Aus Biedenkopf etwa sind größere Plünderungsaktionen überliefert: Besonders „geringe Leute versuchen zumeist aus Not“<sup>53</sup> illegal Fette zu erwerben, so durch die Plünderung von Nussbäumen.<sup>54</sup> Am 12.7.1916 folgte eine Anweisung seitens des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, aus der ersichtlich wird, dass auch in Zukunft mit einer Lösung des Fettproblems ohne die Erschließung neuer Ressourcen nicht gerechnet werden konnte: „Der bestehende Mangel an Fetten und Ölen macht es erforderlich, alle für eine nachhaltige Behebung desselben sich eignende Quellen so vollkommen als möglich zu erschließen.“<sup>55</sup>



Abb. 1: Plakat, Farblithografie von Julius Gipkens, bei Hollerbaum & Schmidt, Berlin um 1917, Blattgröße 87,5 x 57,5 cm, Privatbesitz

- 53 Ebd. Bericht der 11. Gendarmerie-Brigade Casseler Offizier-Distrikt an den Landrat in Biedenkopf vom 30.7.1916.
- 54 Ebd. Brief des Ministeriums des Innern an die Herren Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten vom 27.6.1916.
- 55 Ebd. Anschreiben des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an sämtliche Königliche Regierungen vom 12.7.1916.



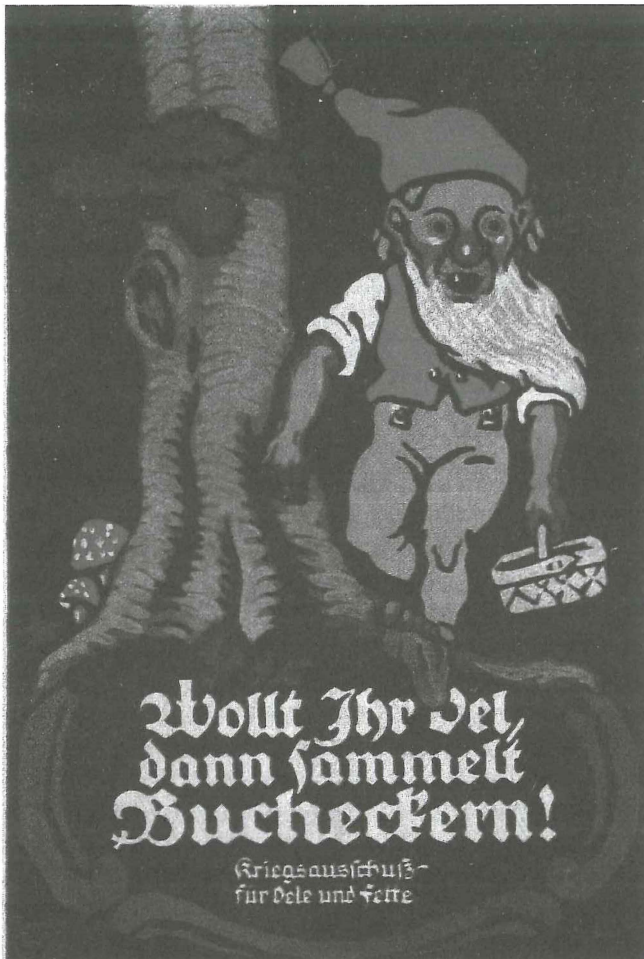


Abb. 2: Plakat, Farblithografie von Julius Gipkens, bei Hollerbaum & Schmidt, Berlin um 1916, Blattgröße 69,5 x 47,0 cm, Privatbesitz

### Exkurs: Missmanagement schürt den Mangel. Ein Beispiel von 1916

Versorgungsengpässe in der Zivilbevölkerung Marburgs traten nicht nur wegen des tatsächlichen Fehlens von Nahrungsmitteln auf, sondern auch wegen Verwaltungsfehlern seitens der zuständigen Kommunalbehörden. Im September 1916 konnte die Stadt Marburg von der „Einkaufsstelle für den Regierungsbezirk Cassel“ kein Speiseöl beziehen, weil seitens des Landratsamts Marburg keine leeren Fässer zur Befüllung mit der entsprechenden Anfrage nach Kassel geschickt wurden.<sup>56</sup> Bis zum 16.9.1916 sandte

<sup>56</sup> Ebd. Brief der Einkaufsstelle für den Regierungsbezirk Cassel an das Königliche Landratsamt Marburg vom 6.9.1916.

das Landratsamt Marburg die Fässer zwar nach Kassel und deren Ankunft wurde dort auch tatsächlich quittiert.<sup>57</sup> Doch erhielt das Landratsamt bereits am 23.9. eine Mitteilung von der Einkaufsstelle, dass mittlerweile kein Speiseöl mehr verfügbar sei.<sup>58</sup> Zu solchen ‚Pannen‘ kamen vielfach noch Betrügereien von Ersatzmittelherstellern aufgrund fehlender Kontrollinstanzen<sup>59</sup>: *Der Herr Minister des Innern warnt in Nr. 15 des Ministerialblatts für Medizinal- Angelegenheiten von 12. d. Mts. – Seite 129 – unter dem 4. d. Mts. vor Erzeugnissen, die neuerdings als Salatöl – Ersatz öffentlich angekündigt und angepriesen werden. Ihre Untersuchung hat ergeben, dass es sich dabei im Wesentlichen um Wasser handelt, welches durch Zusatz von Pflanzenschleim ölähnlich dickflüssig gemacht und gefärbt wurde. Diese Stoffe können Salatöl nicht ersetzen und dürfen nicht als ‚Salatöl – Ersatz‘ feilgeboten werden.*<sup>60</sup>

### Tierische Fette

Im Krieg änderte sich der generelle Verzehr von Fleischprodukten dahingehend, dass im Gegensatz zur Vorkriegszeit fettes Fleisch von der Bevölkerung bevorzugt verlangt wurde. Damit sollte anderweitig fehlendes tierisches Fett, etwa Milchlakt, ersetzt werden. Erste Hinweise zur Ausgabe von Ersatzmitteln für herkömmliche tierische Fettträger finden sich in der Vorlage eines Zeitungsinserats des Magistrats der Stadt Marburg.<sup>61</sup> Darin wurde der Verzehr von Klippfisch als billiger, aber in jeder Hinsicht gleichwertiger Ersatz für Fleisch beworben. Mit dem Inserat sollten hauptsächlich so genannte „Minderbemittelte“ angesprochen werden. Klippfischfleischmasse bestand allerdings aus zwei Dritteln Fischbestandteilen und einem Drittel Fleischbestandteilen, faktisch aus Resten und Abfällen, deren propagierter Nährwert euphemistisch eher als theoretisch denn tatsächlich einzuschätzen ist. Demnach war die Abgabe von Klippfischfleisch anstatt fetten Fleisches an bedürftige Marburger nicht unbedingt ein Anzeichen dafür, dass deren Fettmangel gemindert worden wäre oder werden sollte.<sup>62</sup> Es existieren auch archivalische Hinweise, die eine direkte Benachteiligung von „minderbemittelten“ Bevölkerungskreisen beim Verkauf von fetthaltigen Produkten, beispielsweise Quark oder Butter, nahe legen.<sup>63</sup>

Die angespannte Situation in den Marburger Kliniken im Hinblick auf die Versorgung mit pflanzlichen Fetten habe ich schon im vorherigen Absatz erwähnt. Da die ersatzweise Abgabe von pflanzlichen Fetten tierisches Fett ersetzen sollte, ist davon

57 Ebd. Nr. A 962, Brief der Einkaufsstelle für den Regierungsbezirk Cassel an das Königliche Landratsamt Marburg mit der Eingangsbestätigung der Fässer vom 16.9.1916.

58 Ebd., Brief der Einkaufsstelle für den Regierungsbezirk Cassel an den Kreis Marburg-Kornhaus-Verwaltung vom 23.9.1916.

59 Vgl.: ROERKOHL: Hungerblockade und Heimatfront (wie Anm. 13), S. 210 f.

60 StA MR, Bestand 180 Marburg, Nr. A 962, Schreiben des Regierungs-Präsidenten in Cassel an die Polizeipräsidenten vom 26.4.1916.

61 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 803, Vorlage einer Anzeige des Magistrats vom 5.8.1915.

62 Vgl.: August ERTHELLER, Robert PLOH: Das Sammelwesen in der Kriegswirtschaft, in: Beiträge zur Kriegswirtschaft 65, Berlin 1919, S. 2 f.

63 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 1153, Protokoll des Erscheinens des Stadtverordneten Stumpf vor dem Kriegswirtschaftlichen Ausschuß vom 24.7.1917.

auszugehen, dass in den Kliniken und Lazaretten auch ein Mangel an tierischem Fett bestanden haben muss.<sup>64</sup>

Um in den Besitz von fettem Fleisch abseits der staatlichen und städtischen Kanäle zu gelangen, versuchten viele darin unerfahrene Marburger selbst die Zucht von verzehrbaren Tieren, die fettes Fleisch produzieren konnten. In erster Linie dürften dies aus Platzgründen Kaninchen, aber auch Hühner, Schweine, Tauben und Ziegen gewesen sein. So findet sich in den Akten des Marburger Staatsarchivs der Bauplan einer Kaninchenzuchtanlage an der Lahnböschung im Bereich des Biegeviertels zur *Förderung der Zucht*.<sup>65</sup> Noch 1916 reagierten die Reichsbehörden auf ertragreiche Initiativen wie diese, indem unter anderem der Handel mit Kaninchenfleisch verboten wurde; lediglich der Eigenverbrauch war gestattet.<sup>66</sup> Die Zuchterfolge in der ‚Haustierhaltung‘ reichten allerdings bei weitem nicht aus, um die bestehende ‚Fettlücke‘ zu schließen. 1917 wurde deshalb auch in Marburg damit begonnen in Abfällen und Abwässern gründlich nach möglichen Fettquellen zu suchen.<sup>67</sup> Diese Aktivitäten scheinen jedoch nicht sonderlich ergiebig verlaufen zu sein, denn *die Knochensammlung in Marburg zur Fettgewinnung ist nicht möglich, da erfahrungsgemäß Knochen sowieso schon so ausgiebig wie nur möglich verbraucht werden*.<sup>68</sup> Zu diesen Problemen gesellte sich noch behördliches Unvermögen beim Einkauf und der Lagerung von fetthaltigen Produkten tierischen Ursprungs. Im Keller der ehemaligen Oberrealschule wurden *große Mengen an Fleischbüchsen als dauerhafte Ware*<sup>69</sup> so unsachgemäß eingelagert, dass alle Konserven rasch verderben.<sup>70</sup> Ein anderer Versuch, bisher nicht genutzte Fettressourcen zu mobilisieren, stellte die Absicht aus Spül- und Abwässern verzehrbares Fett zu gewinnen dar: *Zum Zwecke der Behebung der herrschenden Fettknappheit ist der Kriegsausschuß dazu übergegangen, die Fettrückgewinnung aus Spülwässern in großem Umfange in ganz Deutschland zu organisieren. Aus den Spülwässern werden Olein, Glycerin und Stearin [...] hergestellt*.<sup>71</sup> Jedenfalls schrieb der Marburger Magistrat an den Landrat am 5.12.1917 wegen des mangelnden Erfolgs des Einsatzes der „Fettfänger“: *In Marburg befinden sich 30 Fettfänger. Nach Angaben der Besitzer soll die Menge des aufgefangenen Fettes sehr gering sein und nur aus einer fettigen, stinken-*

64 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 750, Protokoll einer Besprechung der wirtschaftlichen Situation der Kliniken in Marburg bezüglich der Einführung von „Butter-Ersatzkarten“ vom 27.9.1916, auch: ebd., Beschluss des Kriegsfinanz-Ausschuß über die monatliche Prüfung der Butterbücher vom 24.5.1917.

65 StA MR, Bestand 180 Marburg, Nr. A 962, Konstruktionsplan zum Bau einer Kaninchenzuchtanlage durch die 4. Ersatz-Kompanie des Ersatz-Bataillons Nr. II vom 8.7.1916.

66 Ebd. Rundschreiben des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an sämtliche Herren Regierungs-Präsidenten vom 2.12.1916.

67 Ebd. Schreiben der Einkaufsstelle für den Regierungsbezirk Cassel an das Königliche Landratsamt in Marburg bezüglich der Sammlung von Heringsköpfen zur Fettgewinnung vom 13.2.1917.

68 Ebd. Schreiben des Magistrats an den Herrn Königlichen Landrat vom 17.3.1917.

69 Ebd. Protokoll der Magistratssitzung vom 3.8.1917.

70 Ebd.

71 StA MR, Bestand 180 Marburg, Nr. A 962, Schreiben des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Oele und Fette an die Herren Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Cassel vom 15.9.1917.

den Masse bestehen, welche von den Besitzern weggeworfen wird. Im Schlachthof soll monatlich 6 Pfund Fett aufgefangen worden sein, welches mit dem Fett der Metzger an die Fettstelle in Cassel abgegeben wird.<sup>72</sup> 1917 sollen allerdings ca. zwölftausend Apparate, so genannte „Fettfängen“<sup>73</sup> oder „Fettfänger“<sup>74</sup> reichsweit installiert gewesen sein.

### Die Rolle der Kartoffelknolle

Vor dem Krieg war die Kartoffel ein wenig geschätztes und zunehmend weniger verzehrtes Gemüse.<sup>75</sup> Dagegen stieg die tägliche Verbrauchsmenge an Kartoffeln von 1914 bis 1918 mangels anderer Kalorienquellen in allen Bevölkerungsschichten stetig an, so bei der Ersatzbrotherstellung<sup>76</sup>: „Kartoffeln wurden gleich zu Beginn des Krieges für die Brotherstreckung [...] in Anspruch genommen.“<sup>77</sup> Abgesehen von der Verwendung im Rahmen der Broterstreckung wurde die Kartoffel ernährungstechnisch ab 1915 „Mädchen für Alles“<sup>78</sup>: *Esst Kriegsbrot; es ist durch den Buchstaben K kenntlich. Es sättigt und nährt ebenso gut wie anderes. Wenn alle es essen, brauchen wir nicht in Sorge zu sein, ob wir immer Brot haben werden.*<sup>79</sup> So wenig zutreffend die inhaltliche Aussage dieses Aufrufs war, so verweist er doch auf die Bedeutung des Brots als Grundnahrungsmittel, dessen Bereitstellung auch psychologische Auswirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung haben konnte.<sup>80</sup> Vermutlich aus propagandistischen Gründen wurde darauf verzichtet, die tatsächliche Zusammensetzung des K-Brots öffentlich zu machen, denn das Kriegsbrot verfügte entgegen der offiziellen Darstellung über einen erheblich geringeren Nährwert als das reguläre Brot. Neben einem hohen Kartoffel- oder Kartoffelsurrogatanteil bestand das Kriegsbrot aus viel Wasser und kalorienarmen Getreideausdruschprodukten, also ein Sättigungsgefühl vortäuschenden Ballaststoffen.<sup>81</sup> Das so genannte ‚K-Brot‘ wurde in großem Umfang in Marburg spätestens ab der zweiten Jahreshälfte des Jahres

72 StA MR, Bestand 180 Marburg, Nr. A 962, Schreiben des Magistrats an den Herrn Königlichen Landrat vom 5.12.1917.

73 Vgl.: RIEBEL: Die Versorgung Deutschlands (wie Anm. 24), S. 37.

74 Ebd.

75 Martha FRANCK: Die Kartoffel in der deutschen Volkswirtschaft, Berlin 1918, S. 249.

76 Ebd.

77 Willy WYGODZINSKI: Der Weltkrieg in seiner Auswirkung auf das deutsche Volk, Leipzig 1918, S. 214.

78 FRANCK: Die Kartoffel (wie Anm. 75), S. 250, auch: StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 795, Schreiben der Trockenkartoffel-Verwertungs-GmbH an den Magistrat, betreffs Versorgung mit Kartoffelfabrikaten zur Brotbereitung vom 9.11.1915.

79 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 758, Aufruf vom Juni 1915.

80 Vgl.: H. STABTHAGEN: Ersatzlebensmittel in der Kriegswirtschaft, in: Beiträge zur Kriegswirtschaft 56/57/58, Berlin 1918, S. 1 f.

81 Vgl.: StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 795, Schreiben der Trockenkartoffel-Verwertungs-GmbH an den Magistrat bezüglich der Verfügbarkeit von Kartoffelfabrikaten vom 20.12.1915. Auch: Ebd., Schreiben der Trockenkartoffel-Verwertungs-GmbH an den Magistrat vom 20.12.1915: *Es liegt im dringenden Interesse unserer Volksernährung, nach Möglichkeit die frischen ungetrockneten Kartoffel zu einem Anteil von 10 % ins Brot zu Backen, da der Wasseranteil höher liegt.* Ebd., Schreiben des Direktoriums der Reichsgetreidestelle an sämtliche Kommunalverbände vom 16.12.1916.

1915 hergestellt, was umfangreiche Kartoffelstärkemehllieferungen an die entsprechenden Backbetriebe belegen.<sup>82</sup> Da große Mengen an Brotgetreide ersetzt werden mussten und die Ernten 1915/1916/1917 reichsweit nicht gut ausfielen, verschärfte sich letztlich auch die Versorgung mit Rohstoffen zur K-Brotherstellung wegen des hohen Bedarfs. So war es schon Anfang 1916 in Marburg zeitweise nicht einmal mehr möglich K-Brot zu backen, weil keine Kartoffeln oder Kartoffelbestandteile mehr beschafft werden konnten.<sup>83</sup> Dieser Zustand war allerdings nicht kalkulierbar, da sich die Beschaffungssituation von Tag zu Tag ändern konnte.<sup>84</sup> Im Dezember 1916 verschärfte sich die Versorgung mit K-Brot noch dahingehend, dass sowohl die Kartoffelernte, als auch die Weizenerte unterdurchschnittlich ausfielen: *Wegen des ungünstigen Ausfalls der diesjährigen Kartoffelernte ist die Reichsgetreidestelle nicht in der Lage, den Bedarfs-Kommunalverbänden weiterhin Frischkartoffeln zur Brotstreckung zu überweisen. Aus demselben Grunde ist die Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft zu Berlin genötigt die bisher schon stark eingeschränkte Lieferung von Trockenkartoffelerzeugnissen (Kartoffelmehl usw.) als Brotstreckungsmittel an die Kommunalverbände vom 1.1.1917 ab ganz einzustellen. Bisher hat die Reichsgetreidestelle als Ersatz für fehlende Frischkartoffeln oder Trockenkartoffelerzeugnisse den Kommunalverbänden zur Brotstreckung Weizenschrot zur Verfügung gestellt. Bei der gegenwärtigen Knappheit ihrer Bestände an Brotgetreide ist die Geschäftsleitung der Reichsgetreidestelle aber auch nicht mehr imstande, weiterhin Weizenschrot als Streckungsmittel zu liefern. Im Einvernehmen mit dem Kriegsernährungsamt soll daher vom 1.1.1917 ab die Brotstreckung mit Gerstenmehl erfolgen.*<sup>85</sup> Schlechte Ernten ließen demnach sogar die Ersatzmittel knapp werden und eine Konsequenz hieraus war, dass Ersatzmittel für die Ersatzmittel gesucht werden mussten. Obiges Schreiben verweist zwar auf den Versuch, Gerstenmehl als Ersatz für die Kartoffelbestandteile im Brot zu beschaffen. Da die Gerstevorräte aber ebenfalls schon längst nicht mehr frei verfügbar waren, schied diese Möglichkeit aus. Gerstelieferungen nach Marburg scheiterten analog dazu bereits Ende 1916, weil sie nicht langfristig in die Beschaffungspläne eingearbeitet waren.<sup>86</sup> So wechselhaft die Beschaffung von Brotgetreide und Brotgetreideersatzstoffen ab dem Jahr 1915 war, so unsicher blieb die Situation bis 1918. Bestellungen konnten oft genug nicht oder nur teilweise bedient werden.<sup>87</sup>

### Vegetabilische Ernährung

War die Ernährung der Bevölkerung vor dem Krieg zu einem großen Teil durch den Verzehr von tierischen Produkten bestimmt, so wurde sie im Verlauf des Kriegs faktisch

82 Ebd. Rechnung des Ausschusses zur Regelung des Verbrauchs von Brotgetreide und Mehl zu Marburg-Lahn über die Lieferung von 9.000 kg Kartoffelstärkemehl vom 23.9.1915.

83 Ebd. Schreiben der Trockenkartoffel-Verwertungs-GmbH an den Magistrat vom 21.1.1916.

84 Ebd. Notiz der Kriegskredit-Kommission vom 29.11.1916.

85 Ebd. Schreiben des Direktoriums der Reichsgetreidestelle an sämtliche Kommunal-Verbände vom 16.12.1916.

86 Ebd. Schreiben der Einkaufsstelle für den Regierungsbezirk Cassel an den Magistrat vom 23.12.1916.

87 Vgl. ebd., Schreiben der Trockenkartoffel-Verwertungs-GmbH an den Magistrat vom 7.1.1918, auch: ebd., Schreiben der Trockenkartoffel-Verwertungs-GmbH an den Magistrat vom 25.1.1918.

zu einer jahreszeitlich-vegetabilischen, die auch flexibel auf mangelnde Zuteilungen von Lebensmitteln seitens der Behörden reagieren können musste.<sup>88</sup> In der Mangelzeit des Kriegs galt es deshalb zunächst, nicht vorhandene Kenntnisse in Bezug auf eine jahreszeitlich angepasste Küche zu vermitteln.<sup>89</sup> Um die Ausnutzung aller nur erdenklichen Ressourcen bei der Essenszubereitung zu erreichen, wurden Kurse zu den Themen Fettersparnis, Hülsenfrüchte als Nahrungsmittel, Einsatz der Kochkiste, ... usw. angeboten.<sup>90</sup> Aber auch Lehrgärten, so auch im Frankfurter Palmgarten, in denen gezeigt wurde, welche Pflanzen wann und wie angebaut werden mussten, entstanden ab 1915-1916.<sup>91</sup>

Als besonders ergiebige Ressource wurden die häuslichen Küchenabfälle ausgemacht: „Wer die Kartoffel erst schält und dann kocht, vergeudet viel. Kocht darum die Kartoffel in der Schale. Ihr spart dadurch Abfälle von Kartoffeln, Fleisch, Gemüse, die ihr nicht verwerten könnt.“<sup>92</sup> Im Rahmen der Volksbildung wurde auch zu außerschulischen Sammelaktionen im Spätsommer und Herbst, beispielsweise der nach Pilzen, aufgerufen: Für die ausgiebige, nicht bloß auf wenige Arten beschränkte Verwendung der Pilze für die Volksernährung ist es von wesentlicher Bedeutung, Sicherheit im Unterscheiden der großen Zahl eßbarer Pilze von den giftigen möglichst weit zu verbreiten.<sup>93</sup> Wie schwierig die Ausbeutung einzelner Ersatzmittelressourcen durch die Bevölkerung war, mag dieses Schreiben nur andeuten. – Einerseits war es wichtig Pilze zu sammeln, andererseits hatten diejenigen, die die Sammlungen durchführen sollten, meist nur unzureichende Kenntnisse über das zu sammelnde Gemüse.<sup>94</sup> Die Nachfrage nach Pilzen war 1916 trotzdem so groß, dass die Ernte 1917 bereits durch die Ausgabe von „Beeren- und Pilzzetteln“<sup>95</sup>, also amtlichen Zulassungen zum Sammeln, kontingentiert werden musste.<sup>96</sup> Neben den Gemüsen, die privat gesammelt und verwertet werden konnten, spielten die über Lebensmittelkarten erwerbbaaren Ersatzmittel eine große Rolle in der täglichen Ernährung: „Hinsichtlich der Verteilung derjenigen Waren, die von der Stadt eingekauft und gegen Abgabe von Karten an den Verbraucher weitergegeben werden, es handelt sich zur Zeit um Gries, Graupen, Hülsenfrüchte, Teigwaren,

88 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 750, Rundschreiben der ZEG an sämtliche Abnehmer vom 6.12.1915: „Vom 24. bis 31.12.1915 können keine Bestellungen wegen Arbeitüberlastung bearbeitet werden.“ Auch: Herrmann SCHUMACHER: Krieg und Volksernährung, in: Königlich-Preußisches Landesgewerbeamt (Hg.): Staatsbürgerliche Belehrungen in der Kriegszeit. Berlin 1915, S. 71-100, hier: S. 82-84.

89 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 1072, Werbung für hauswirtschaftliche Kurse des Nationalen Frauendienstes in Marburg vom 15.5.-13.10.1915.

90 Ebd. Werbung des Nationalen Frauendienstes für Kriegskochkurse vom 21.1.1916.

91 Vgl.: Otto Ernst SUTTER: Vom Frankfurter Palmgarten zur Kriegszeit, in: Die Gartenlaube, Nr. 13, 1916.

92 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 758, Aufruf vom Juni 1915.

93 Ebd. Schreiben des Ministers für geistliche und Unterrichtsangelegenheiten an die Königlichen Regierungen, Provinzialschulkollegien und Herren Regierungspräsidenten vom 17.6.1916.

94 Vgl. Martha DE HAAS: Das Trocknen von Gemüse, Obst und Pilzen, in: Die Gartenlaube, Nr. 20, 1917.

95 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 776, Schreiben des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an sämtliche Herren Regierungspräsidenten vom 6.6.1917.

96 Ebd.

Marmelade, Zucker, Hafer und Hefefabrikate [...].<sup>97</sup> Auffällig an dieser Auflistung ist das Fehlen bestimmter Lebensmittel. Sie verdeutlicht eindringlich den ab 1916 enger werdenden Nahrungsmittelhorizont der Verbraucher. Weder frisches, noch eiweiß- oder fetthaltiges Gemüse oder Obst, noch Fleisch oder Fisch ist in der Aufzählung erwähnt. Es handelt sich vielmehr um Basisbestandteile von Lebensmitteln, deren Konservierung leicht möglich war.<sup>98</sup> Überhaupt war ein Hauptmerkmal des über Karten Beziehbaren dessen mittelfristige Haltbarkeit, was eine Rationierung des Vorhandenen im Privathaushalt einfacher zu machen versprach. Auch zahllose Kurse und Vorführungen von Dörrapparaten für Wurzeln, Möhren, Oberkohlraben, Wirsing, Spinat, Zwetschen, Birnen, Äpfel, Pilze, Fallobst [...] sollten dafür sorgen, dass durch die Haltbarmachung bedeutende Mengen an Nahrungsmitteln etwa Ernteauffälle oder die per se kargere Winterzeit überlebt werden konnte. Offenbar gelang es aber auch auf dem Gemüsesektor nicht, die Versorgung der Bevölkerung mit Ersatzmitteln behördlicherseits befriedigend zu organisieren, denn bei der Verteilung von Brotaufstrichmitteln und Gemüsekonserven, woraus bekanntermaßen noch in der letzten Zeit erhebliche Mengen in den Besitz von Einzelpersonen gelangen konnten, erscheint folgendes Vorgehen besonders empfehlenswert. Die zu unterzeichnende Erklärung würde zu lauten haben: ‚Ich gebe hiermit die Versicherung ab, dass ich nicht im Besitz von mehr als ... Pfund Brotaufstrichmitteln/ Marmelade/ Kunsthonig/Rübensaft bin‘.<sup>100</sup> Um auch nur den geringsten Schwund an nutzbaren Pflanzen zu verhindern, musste mit der Zeit sogar der Naturkundeunterricht angepasst werden<sup>101</sup>: ‚Wir erlauben uns die ergebenste Bitte auszusprechen, in diesem Jahre möglichst davon abzusehen, dass die Schülerinnen und Schüler der Schulen zu dem Naturkundeunterricht Pflanzen mitbringen sollen. Unsere Bitte geht aus dem Wunsch hervor, dass Wiesen und Äcker in jeder Beziehung in diesem Jahr nicht betreten werden dürfen.<sup>102</sup> Bis 1918 wurden insgesamt 164 unterschiedliche Pflanzenarten, wildwachsende Kräuter und Sämereien wie Ackersenf oder Schachtelhalm, Beeren-, Strauch- und Baumfrüchte wie beispielsweise Wildäpfel und Waldpflanzen wie Pilze systematisch zu sammeln und zu verarbeiten versucht.<sup>103</sup> Dabei wurde großer Wert auf die Möglichkeit der vollständigen Nutzung der Pflanzen gelegt. Ein Beispiel hierfür stellt die Brennnessel dar. Ihre Blätter konnten als Viehfutter verwendet werden, wegen des Eiweißgehalts der Blätter aber auch als Frischgemüse Salaten beigelegt werden, die Blätter als Tee ausgekocht werden und die Stiele waren

97 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 750, Schreiben des Einkaufvereins der Kolonialwarenhändler GmbH an die Oberhessische Zeitung vom 23.12.1916.

98 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 1153, Merkblatt über die Verwendung des Einmachzuckers im Haushalt (hg. vom Frauenbeirat des Kriegsernährungsamts) vom 28.5.1917.

99 StA MR, Bestand 180 Landratsamt Marburg 1821-1951, Nr. 720, Anschreiben des Königlichen Landrats in Marburg durch Dr. Arthur Dieseldorff vom 28.4.1917.

100 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 750, Schreiben vom Präsidenten des Kriegsernährungsamts an die Gemeindeverwaltungen vom 25.1.1917.

101 Vgl. BRIEFS u. a.: Die Hauswirtschaft (wie Anm. 26), S. 31.

102 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 776, Brief des Bürgermeisters der Stadt Marburg an die Herren Direktoren und Rektoren der hiesigen Schulen vom 7.6.1915.

103 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 776, Blanko-Lieferungsvertrag von ‚Wildfrucht‘, eingetragener Genossenschaft mbH Berlin vom 2.6.1918.

wichtige Fasergrundstoffe in der Bekleidungsindustrie.<sup>104</sup> Anhand der Brennesselsammlungen wird aber auch deutlich, wie schwierig sich die Versorgungslage des Deutschen Reichs im Jahr 1918 mittlerweile gestaltete. Schulkinder hatten längst gezwungener Maßen die Nesselsammlungen zu erledigen: „Mit Handkarren und Blockwagen muß die Schuljugend unter Führung und Aufsicht der Lehrer ausziehen und Nesseln einbringen, was der Wagen nur tragen und der Mensch nur schleppen kann. Kriegspflicht ist es, dass jedes Schulkind bis Schluß der Ernte 1 Zentner trockener Stengel eingebracht hat. Möglich ist diese Leistung durchaus! [...] Feige und jämmerlich ist es, sich vor Brennesseln zu fürchten. Gewiß juckt es an Fingern und Beinen, wenn man sich in die Nesseln setzt. Aber erinnert an den Soldaten im Schützengraben und auf der Patrouille, am Geschütz und beim Sturmangriff, an den Flieger in der Luft und an den U-Boots-Matrosen im Meer [...] Also keine Ausrede!“<sup>105</sup> Die erzwungene Ersatzmittelbeschaffung durch Schüler wurde hier als patriotische Pflicht mit dem unmittelbaren Kampfeinsatz an der Front gleichgesetzt.<sup>106</sup>

#### Ersatzmittel für Genussmittel

Die Versorgung der Bevölkerung mit Ersatzstoffen für Genussmittel wie Kaffee, Tabak und Tee war nicht weniger wichtig, als die mit Grundnahrungsmitteln. Denn die Regierung glaubte, dass von der Verfügbarkeit an Genussmitteln die Stimmung und Arbeitsmoral der Zivilbevölkerung in entscheidendem Maße abhängen würde. Deshalb wurden Kaffee, Tee und Tabak in großem Umfang ebenfalls aus Ersatzmitteln, wie Getreide oder Pflanzenfrüchten und -blättern, hergestellt. In Marburg wurde Malzkaffee schon unmittelbar nach dem Kriegsausbruch knapp, da die angeblich zu gering angesetzten Höchstpreise, in der Realität eben oft Mindestpreise, durch den Magistrat nicht die Kosten der Rohstoffe, überwiegend Gerste, der Herstellung und Anlieferung deckten.<sup>107</sup> Da sich Gerste zur günstigen Kaffeeherstellung in der Folgezeit nicht mehr ohne weiteres beschaffen ließ, begannen groß angelegte Sammlungen von heimischen Pflanzenblättern und Früchten, die sich zur Kaffee- und Teeherstellung eigneten: *Mit unserem und dem Einverständnis der Regierung – Forstabteilung hier wird dieser Tage der Magistrat in Cassel und zwar durch die ‘Hessische Schulzeitung’ unmittelbar an die Schulleiter, Lehrer und Lehrerinnen des Bezirks die Aufforderung richten, dass sie und unter ihrer Aufsicht Schulkinder, wo Gelegenheit ist, schleunigst junge Blätter von Brombeeren, Erdbeeren, Heidel- (Blau-) Beeren, Himbeeren, wildwachsende Minzarten und Waldmeister (Maidkraut), von dem letzten aber nur bis zur Blütezeit, getrennt nach Arten sammeln, ebenso in geeigneter Weise trocken und getrocknet an die Ab-*

104 Vgl.: StA MR, Bestand 180 Marburg, Nr. 977, Rundschreiben der Nessel-Anbau-GmbH vom April 1918, auch ebd. Großes Merkblatt für das Einsammeln und Trocknen der Brennesseln der Nessel-Verwertungs-GmbH vom April 1918.

105 Ebd. Vortrag zur Verfügung der Herren Vertrauensleute der Nessel-Anbau-GmbH vom April 1918.

106 Vgl.: Richard SCHMIDT: Die Grundlinien des deutschen Staatswesens. Leipzig 1919.

107 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 761, Schreiben von Kaiser’s Kaffeegeschäft GmbH, Köln, an den Magistrat der Stadt Marburg, auch ebd., Schreiben der Norddeutschen Chokoladenhaus GmbH an den Magistrat der Stadt Marburg vom 5.10.1914.



nahmestelle ‚Fa. Schneider und Gottfried, Orleansstrasse 49 in Cassel‘ oder in Marburg eine vom Magistrat bezeichnete Stelle frachtfrei senden möchten.<sup>108</sup> Der Magistrat scheint offenbar ein so großes Interesse an den Ersatzstoffen zur Kaffee- und Teeproduktion, dass er forderte, dass eine *bevorzugt große Menge* des gesammelten Blattwerks in Marburg verbleiben sollte, zumindest aber ein festes Kontingent an Ersatzkaffee und ebenso -tee nach Marburg gesandt werden musste.<sup>109</sup> Aber auch andere Früchte, so der Weißdorn, wurden *für bestimmte Zwecke der Volksernährung*, der Kaffee- und Teeherstellung, nutzbar gemacht.<sup>110</sup> Wichtig wurde die Sammlung von Weißdorn im Jahr 1917 anscheinend wegen der schlechten Getreide-, besonders der Gerstenernte<sup>111</sup>: *Die Früchte des Weißdorns sind bisher im allgemeinen nicht gesammelt und verwertet worden, sondern verkommen. Im dringenden öffentlichen Interesse liegt es, dass sie in diesem Jahre in möglichst weitem Umfange für die Gesellschaft gesammelt und zur Gewinnung von Kaffeeersatz nutzbar gemacht werden. Denn die Menge an Kaffeeersatzmitteln, die aus den Früchten des Weißdorns hergestellt wird, kommt in Anrechnung auf die aus Gerste und Brotgetreide herzustellende Menge an Kaffeeersatz [...] Die Gesellschaft rechnet bei einem guten Ergebnis der Sammlung mit mindestens etwa 10000t Früchten.*<sup>112</sup> Seit 1917 bis zum Kriegsende blieb die Versorgung der Marburger Einzelhändler (und damit auch der Endverbraucher) mit Genussmittelerersatzstoffen zum Weiterverkauf unzureichend, jedenfalls finden sich etliche Bitten von Händlern um künftige Berücksichtigung bei den Kontingentierungen, durch die kommunalen Behörden.

### Zusammenfassung und Übersicht

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs ernährten sich die Deutschen in immer stärkerem Maß von tierischen Produkten, wie Wurst, Fleisch, Eiern oder Milch und hellen Brotsorten. Die meisten Deutschen lebten in Städten, was bedeutete, dass sie keine Selbstversorgung betreiben konnten, und sie erhielten ihre Nahrung gegen Bezahlung auf dem freien Markt. Kurz vor Kriegsbeginn und in der Anfangsphase der Ersten Weltkriegs änderte sich das Konsumverhalten dahingehend, dass so genannte ‚Hamsverkäufe‘, also Einkäufe auf Vorrat, getätigt wurden. 1915 verschlechterte sich die Versorgungslage drastisch. Durch die Einführung der Bezugsscheine, die ‚Brotkarten‘, ‚Fleischkarten‘, ... etc., lenkte die Reichsregierung das Konsumverhalten in ein Rationierungsverhalten um. Gleichzeitig verstärkte sich die Propaganda des Nationalen

108 StA MR, Bestand 330 Marburg C, Nr. 776, Anweisung der Königlichen Kreisschulinspektion Cassel an die Kriegsschulinspektoren des Regierungsbezirks Cassel vom 15.5.1916.

109 Ebd. Schreiben des Oberbürgermeisters von Marburg an die Königliche Regierung, Abt. für Kirchen- und Schulwesen in Cassel vom 24.5.1916.

110 Ebd. Anweisung des Ministers des Innern an die Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Oberpräsidenten von Berlin in Potsdam vom 21.7.1916.

111 Ebd. Brief des Preussischen Staatskommissars für Volksernährung an die Herren Regierungspräsidenten vom 15.8.1917.

112 Ebd. Schreiben des Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten an die Königliche Regierung und das Provinzialschulkollegium vom 16.3.1917.

Fraudendienst und anderer Institutionen, die zum Nahrungsmittelsparen aufriefen. Um die kargen über Bezugsscheine erhältlichen Rationen aufzubessern, entwickelten sich viele Konsumenten zu Teilselbstversorgern. Kaninchenzüchtung und Ziegenhaltung, Gemüsegärten, Wildkräuter- und Pilzsammlungen wurden sogar staatlicherseits gefördert. Die intensive Suche nach Essbarem führte auch zur Entwicklung von fast 10500 Ersatzlebensmitteln bis 1918.<sup>113</sup> Staatliche Fehlplanungen in der Fleischressourcenbewirtschaftung und genereller Rinder- und Schweinefleischmangel führten dazu, dass verpönte und gemiedene Fleischsorten begehrte Güter wurden. Es erfolgte tendenziell ein Wechsel der Essgewohnheiten weg vom (ohnehin meist nichtvorhandenen) Fleisch und anderen Tierprodukten hin zur vegetarischen Kost. Generell wurde aber nicht nur die Quantität der verfügbaren Nahrung schlechter, sondern auch die Qualität verschlechterte sich gravierend. Ersatzmittel wurden den Lebensmitteln beigemischt um Nahrungsmittel zu Strecken und damit eine quantitativ höhere Stückzahl oder Menge, etwa an einzelnen K-Brotten, zu erhalten. Seit 1917 traten in Deutschland erstmals Hungerödeme (= Krankheiten bedingt durch Unterversorgung) auf. Es begann sich abzuzeichnen, dass die Ernährung der Bevölkerung auf niedrigstem Niveau existenzgefährdend zu werden drohte.

---

113 LÜDERS: Das unbekannte Heer (wie Anm. 23), S. 75.